

Leitsätze für eine zukunftsfähige

Familienpolitik

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, d.h. sie betrifft alle Politikfelder. Mit den Leitsätzen für eine innovative Familienpolitik will die Frauen Union Berlin Anregungen für die Diskussion in der Gesellschaft und der CDU geben.

Ziel dieser Diskussion muss sein eine moderne auf die Zukunft ausgerichtete Familienpolitik zu konzipieren. Jeder einzelne ist aufgefordert, sich an dieser Diskussion zu beteiligen und damit zum gemeinsamen Erfolg beizutragen.

Edeltraut Töpfer

Landesvorsitzende der Frauen Union

Vorwort

Kinder und Familie bedeuten Glück, bedeuten Spaß, Anregung und Aufregung.

In einer Zeit, in der Familie und vor allem Kinder nur unter dem Aspekt des Armutsrisikos und als potenzielles Karrierehemmnis gesehen werden, wollen wir mit der Frauen Union Wege und Alternativen aufzeigen.

Dabei braucht Familie Unterstützung von Politik in Bund, Land und Kommune. Unterstützung von Unternehmen und von den Bürgern dieser Stadt, gleich ob diese selber Kinder haben oder nicht.

Wir haben uns entschieden, keine Frauen- und Familienpolitischen Leitlinien, sondern - gemeinsam mit einer Gruppe von berufstätigen Frauen und Müttern - explizit Familienpolitische Leitsätze zu formulieren. Denn Familien bestehen nicht nur aus Frauen. Familien bestehen aus vielen Beteiligten, und Frau sein heißt in der heutigen Gesellschaft nicht mehr nur Mutter sein. Natürlich gibt es Überschneidungen, Familie ist aber als eigenständige Querschnittsaufgabe der Politik wichtig, und Frauenpolitik ist ein eigener Schwerpunktbereich für sich. Damit die Diskussion über Familien nicht mehr mit der Angst vor Verringerung der Lebensqualität einhergeht, sondern in Zukunft als Steigerung dieser angesehen wird, ist eine veränderte Einstellung der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft zur Familie notwendig.

Regina Franken

Regina Franken

Marion Berning

Marion Berning

Inhaltsverzeichnis

Zukunft braucht Chancen	1
Familie braucht familienfreundliche Kommune	3
Flexible Familien brauchen eine flexible Arbeitswelt	6
Familienförderung im Wissenschaftsbereich	9
Bildungspolitik ist Familienpolitik – der Bildungsbereich braucht mehr Chancengerechtigkeit	11
A) Bildung und Förderung im frühkindlichen Bereich	11
B) Schule - gleiche Bildungschancen für alle	14
C) Förderung von Familien mit behinderten Kindern und Heranwachsenden	18
D) Gesunderhaltende Lebensweise – Bestandteil eines pädagogischen Konzeptes	20
Lebenssituation jugendlicher Eltern – Prävention von Schwangerschaften	
Minderjähriger	22
Ausblick	24

Zukunft braucht Chancen

Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel erklärte auf der Wertekonferenz der CDU Im Februar 2006 in Berlin, dass die Partei in den kommenden zwei Jahren ihr Grundsatzprogramm erneuern werde. Das **christliche Menschenbild** setze der Politik Ziele, aber auch Grenzen, und verlange von der Politik, die Welt nach menschlichem Maß zu gestalten. Es sei nicht Aufgabe der Politik, Menschen gleich zu machen, sondern ihnen die Möglichkeit zur Entfaltung zu geben.

Die CDU- Vorsitzende beklagte, dass der Grundwert der Freiheit zu oft als Beliebigkeit missverstanden werde. Nötig sei eine verantwortlich gelebte Freiheit **für etwas und nicht nur von etwas**.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, fordert die Frauen- Union der CDU Berlin eine moderne Frauen- und Familienpolitik, in die maßgeblich eine Wertediskussion einfließt.

Familien bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Dies gilt insbesondere in einer zunehmend multikulturellen und multimedialen Gesellschaft. So findet sich Familie heutzutage in vielfältigen Formen wieder. Überall da, wo Eltern Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, und Kinder im Rahmen einer generationsübergreifenden Solidarität auch Verantwortung für ihre Eltern tragen, muss die Gesellschaft die besondere Schutzbedürftigkeit der Familie anerkennen.

Sie muss Eltern darin unterstützen, ihre Kinder in verlässlichen und gesicherten Beziehungen aufwachsen zu lassen.

Familien bilden die Grundlage des gesellschaftlichen Miteinanders. Hier erleben Kinder Geborgenheit, Liebe, Gemeinschaft und Verantwortung. Werte wie Offenheit, Toleranz und gegenseitige Achtung geben die notwendige Stabilität in einer zunehmend orientierungslosen Gesellschaft.

Wir fordern somit eine Gesellschaft,

1. in der Frauen und Männer partnerschaftlich und zu gleichen Teilen Kinder und Familie versorgen,
2. in der Frauen und Männer sich in Führungs- und Entscheidungspositionen gleichgestellt wiederfinden und
3. in der es keine besser bezahlten "Männerberufe" und schlechter bezahlte „Frauenberufe“ gibt.

Eine verantwortliche Politik muss diesen Wandel als Bereicherungen ansehen, ihn als einen Zukunftsbeitrag anerkennen und als solchen honorieren.

Daher stellt die Frauen Union Berlin nachfolgende zukunftsweisende Leitsätze für eine moderne Familienpolitik für Frauen/Mütter und Männer/Väter auf.

Der Wandel in der Gesellschaft, wie wir ihn in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch ein geändertes Erscheinungsbild der Familien. Diese Veränderungen werden weitergehen und Männer und Frauen stehen in ihrer Rolle als Eltern im Mittelpunkt dieses Prozesses. Hierbei werden sich verschiedene Lebensentwürfe und neue Formen des familiären Miteinanders entwickeln.

Familie braucht familienfreundliche Kommunen

Politik stellt die Rahmenbedingungen für das „Wagnis Familie“ bereit. Familienpolitik ist eng eingebunden in Sozial-, Bildungs-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik und in viele andere gesellschaftliche Bereiche. Unsere Gesellschaft verändert sich stetig, während gleichzeitig eine globalisierte, **flexible** Wirtschaft **flexible** Menschen fordert, die in **flexiblen** Familien leben. Grundsätzlich müssen wir fragen, welchen Wert die Familie für die Gesellschaft hat, welche Ressourcen in der Gesellschaft vorhanden sind, und welche Notwendigkeiten sich daraus ergeben.

Vor allem das Land Berlin mit seinen unterschiedlichen einzelnen Bezirken trägt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung. Für Berlin ist die Schaffung eines familienfreundlichen Umfeldes eine der Hauptaufgaben. Nur eine moderne Familienpolitik, d.h. eine Familienpolitik, die sich mit den realen Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger, ihren Lebensformen und konkreten Belastungen auseinandersetzt, kann den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen und Perspektiven für die Zukunft entwickeln. Entscheidend für die Familien ist die Gesamtsituation in ihrem sozialen Umfeld. Die zunehmend notwendige Fokussierung der Politik auf die Familie erfordert eine Einbeziehung aller Beteiligten aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Nur durch ein umfassendes Angebot, welches genau auf die Bedürfnisse der Familien ausgerichtet ist, entstehen ganzheitliche Ansätze, die die Familie in ihrem Lebensraum wahrnehmen. Vor allem aber muss die Berliner Politik erkennen, dass die Zukunft und die Innovationsfähigkeit der Stadt nur durch eine familiengerechte Politik gestaltet werden kann. Wohlstand und Wachstum sind abhängig davon, ob es gelingt, den Bedürfnissen der Familien gerecht zu werden.

Die Frauen Union Berlin setzt sich dafür ein, dass

Familienpolitik – Querschnittsaufgabe der Politik wird

Familien sind der Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens. Daher hat Berlin als Land und Kommune die Verpflichtung, ein besonders kinder- und familienfreundliches Klima zu schaffen. Dies verlangt von Seiten der Politiker Prioritätensetzung in allen politisch relevanten Feldern. Familienpolitik darf nicht mehr nur als Rand- und Hobbypolitik angesehen und betrieben werden.

Verstärkung der gesellschaftlichen Anerkennung von Eltern- und Familienarbeit

Die gesellschaftliche Anerkennung von Familien ist in vielen Bereichen unzureichend. In diesem Zusammenhang müssen Politiker sich für eine verstärkte Anerkennung der Eltern- und Familienarbeit als Wert schaffende Arbeit einsetzen und das Leitbild der Gesellschaft auf familienpolitische Bedürfnisse ausrichten. Hierzu müssen Bezirke und Senat Rahmenbedingungen setzen, die auch diejenigen, die nicht in Familien und mit Kindern zusammenleben, einbinden. Sie sind aufgerufen, sich im Rahmen ihres Lebensraumes für die Belange einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft einzusetzen

Elterngeld

Die Frauen Union Berlin unterstützt die Einführung des Familiengeldes in der Form, dass Elterngeld für berufstätige Mütter und Väter um zwei Monate verlängert wird, um beiden Elternteilen die Möglichkeit zu geben, sich eine angemessene Zeit den Kindern widmen zu können. Im Zuge einer wirklichen Wahlfreiheit zwischen Beruf oder Erziehung der Kinder sollte dieses Elterngeld allen Eltern, gleichgültig, ob sie im Berufsleben stehen oder nicht, zur Verfügung gestellt werden.

Familienfreundliche Netzwerke als Ziel moderner Bezirkspolitik

Politik für Familien muss da stattfinden, wo Familien leben. Familienfreundlichkeit steigert nicht nur die Akzeptanz einer Kommune, sondern auch die Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Zur Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen sollen, Lokale Bündnisse für Familien' als Netzwerke für Bürger und Beteiligte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung verstärkt gefördert werden. Aufgabe einer innovativen Familienpolitik ist es, sich auch für familiengerechte Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Soziale Infrastruktur für Familien schaffen

Die von der Politik und der Wirtschaft immer stärker geforderte Flexibilität kann von Familien nur dann erbracht werden, wenn diese auf eine starke und leistungsfähige soziale Infrastruktur zurückgreifen können. Dies betrifft nicht nur den Ausbau der sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Jugendzentren, Kultur- und Beratungsangeboten, sondern auch Stadtplanung und Wohnumfeldplanungen.

Familienportal für Berliner Eltern

Ein internetgestütztes Familienportal soll Eltern nicht nur als Wegweiser durch den Berliner Behördenschwermel dienen, sondern Anregungen und Hilfestellungen bei Erziehungsfragen und Problemen geben. Informationen im Rahmen eines Familien-Forums und Magazins, mit Adressen, Veranstaltungshinweisen sowie bezirkliche und regionale Web-Tipps sollen zu einer stärkeren Transparenz und einem besseren Zugang zu lokalen Beratungsangeboten führen.

Flexible Familien brauchen eine flexible Arbeitswelt

Beruf und Familie dürfen sich nicht länger gegenseitig ausschließen und müssen miteinander vereinbar sein. Gerade junge Frauen wollen sich nicht auf vorgegebene Rollen festlegen, sondern ihr Leben frei und in echter Wahlmöglichkeit gestalten.

Im Artikel 12 Absatz 7 der Verfassung von Berlin heißt es „Frauen und Männern ist es zu ermöglichen, Kindererziehung und häusliche Pflegetätigkeit mit der Erwerbstätigkeit und der Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren.“

Die steigende Erwerbsbeteiligung und das höhere Bildungsniveau von Frauen brachte in der Regel keine Entlastung von familiären Aufgaben oder eine Umverteilung zwischen den Geschlechtern. Die zunehmende Erwerbsmotivation der Frauen ist jedoch nicht allein ökonomisch begründet. Neben wirtschaftlichen Motiven wie der Sicherung der eigenen Existenz bzw. der Steigerung des Familieneinkommens oder dem Erwerb eines eigenen Rentenanspruchs steht der Wunsch, die Begrenzung des familiären Umfeldes durch außerhäusliche Erwerbstätigkeit aufzubrechen.

Doch auch den Vätern muss die Arbeitswelt in Zukunft Möglichkeiten bieten, wie diese ihre Verantwortung und ihr Engagement besser mit den Anforderungen der Familie vereinbaren können.

Angesichts der zahlreichen Veränderungen in der Arbeitswelt werden nur noch wenige Arbeitnehmer ihr gesamtes Berufsleben an einem Arbeitsplatz oder in einem einmal erlernten Beruf verbringen. Immer häufiger wechseln sich Phasen der Aus- und Weiterbildung oder der selbständigen und abhängigen Arbeit ab. Aber gerade gut ausgebildete junge Frauen sehen sich zu Beginn ihres Arbeitslebens in der „Praktikums- und Projektfalle“ ohne Altersvorsorge und Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Diese oft unnötig ausgedehnten Ausbildungszeiten verzögern auch die Zeit der Familienbildung. Untersuchungen zeigen, dass, je später die ökonomisch gesicherte Selbständigkeit beginnt, auch das erste Kind später geboren wird.

Wenn aber Beruf und Familie für Väter und Mütter eine Zukunftsperspektive haben sollen, dann sind neue Erwerbsbiografien notwendig.

Hierzu gehört eine stärkere Akzeptanz der Familienarbeit, die als „soziale Kompetenz“, anerkannt werden muss. Vor allem darf sie aber nicht mehr nur zu Lasten der Frauen und ihrer Zukunftssicherung (Alterssicherung) gehen. Dem muss in der Familienphase durch ein dem erlernten Beruf angemessenes Erziehungsgeld / Elterngeld Rechnung getragen werden. Dieses sollte so die Basis für eine eigenständige Altersvorsorge bilden. Nur durch eine solche Aufwertung der Familienarbeit, die als solche honoriert werden muss, kann es eine echte Wahlmöglichkeit geben, die auch die Möglichkeit einer Elternzeit für Männer und Frauen beinhaltet. Hierfür brauchen Familien zukunftsgerichtete Angebote und verlässliche Partner in der Politik und der Wirtschaft.

Die Frauen Union Berlin setzt sich ein

für eine soziale Marktwirtschaft, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärkt.

Nur durch eine familienfreundliche Arbeitswelt können die durch die hohe Flexibilisierung und die damit oft einhergehende Arbeitslosigkeit entstandenen Unsicherheiten gemindert werden. Gerade Berlin, als Dienstleistungs- und Wirtschaftstandort, kann sich nur dann positiv entwickeln, wenn Frauen und Mütter, Männer und Väter gleichberechtigt am Arbeitsleben teilnehmen können.

Familienfreundlichkeit - als wesentlicher Bestandteil Berliner Unternehmenskultur

Familienfreundliche Unternehmen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendig zukunftsorientierten Stadt. Moderne flexible Arbeitszeitmodelle müssen daher Bestandteil einer familienfreundlichen Unternehmenskultur und Personalpolitik sein. So sollen mittelständische Unternehmen Allianzen mit familienrelevanten Netzwerken eingehen. Weiterhin müssen Formen moderner Kinderbetreuung genutzt werden und Bündnisse mit Kinder- und Jugendeinrichtungen gefördert werden.

Flexiblere Arbeitsmarktstrukturen helfen den Familien

Die von der Wirtschaft immer stärker geforderte Flexibilität und Mobilität erfordert von Vätern und Müttern ein hohes Maß an Geschick im Zeitmanagement und Teamfähigkeit. Auf der anderen Seite sollte auch die Wirtschaft auf die Bedürfnisse von Familien flexibler reagieren. Unflexible Arbeitszeiten erschweren die Berufstätigkeit vor allem von Frauen/Müttern. Gerade in Familien mit mehreren Kindern führt dies zu einem erhöhten Zeitdruck und belastet das Zusammenleben in der Familie.

Berufliche Anerkennung der Kompetenzen, die während der Familienzeit erworben wurden

Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit und Improvisationsfähigkeit sind heutzutage von Unternehmen geforderte Kompetenzen, die gerade durch und in Familien gelernt und praktiziert werden. Diese während der Familienzeit erworbenen Kompetenzen müssen als Qualifikationszuwachs bei der Berufstätigkeit anerkannt werden.

Karriereförderung für Väter und Mütter

Der derzeitig diskutierte Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird oft nur aus frauenpolitischer Sicht gesehen. Neben Teilzeitangeboten und flexiblen Arbeitszeiten für Frauen müssen aber auch Väter die Möglichkeit erhalten, sich stärker in der Familie, der Erziehung und Betreuung der Kinder zu engagieren. Karriere darf im Betrieb nicht mehr erst nach 17 Uhr stattfinden, und viele Überstunden, die zur Karriereförderung scheinbar notwendig sind, sind oft nur Folgen schlechten Managements.

Zukunftssicherung - Elternrente

Frauen sind die Verlierer unseres Alterssicherungssystems. Vor allem Familien mit mehreren Kindern werden durch das derzeitige System regelrecht bestraft. Neben der Betriebsrente müssen daher gemeinsam mit Politik und Wirtschaft neue Alterssicherungsmodelle entwickelt werden, die den realen Bedürfnissen von Familien entsprechen.

Familienförderung im Wissenschaftsbereich

Die oft unterschwellige Erwartung an junge Wissenschaftler, die Promotion bis zum 28. Lebensjahr und eine Juniorprofessur mit 35 Jahren zu erreichen, sind für Frauen und Männer, die Kinder haben wollen, unrealistisch. So kämpfen heutzutage vor allem Frauen immer noch darum, ihre Karriere als Wissenschaftlerin mit der Rolle als Mutter zu verbinden. Trotz zahlreicher Förderprogramme (z.B. das Fachprogramm „Chancengleichheit“ des Hochschulwissenschaftsprogramms des Bundes und der Länder) gelingt es anscheinend nicht, Strukturen und ein Umfeld zu schaffen, die es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, eine wissenschaftliche Karriere und Familie zu verbinden. Während nach allg. Berechnungen ca. 41% der Professorinnen kinderlos bleiben, sind es bei den männlichen Kollegen vier von fünf die ein oder mehrere Kinder haben. Dramatisch sehen die Zahlen jedoch bei den jungen Nachwuchswissenschaftlern (Doktoranden, wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten) aus. Einer Dortmunder Studie zufolge sind 78% der jungen Wissenschaftlerinnen und 70% der jungen Wissenschaftler kinderlos. Damit zeigt sich, dass sich die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Karriere mittlerweile nicht mehr nur für Wissenschaftlerinnen, sondern auch für Wissenschaftler stellt.

Die Frauen Union Berlin setzt sich dafür ein,

dass moderne und innovative Konzepte zur Förderung der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Elternschaft unterstützt werden.

An einem Wissenschaftsstandort wie Berlin mit drei Universitäten und zahlreichen Fachhochschulen hängt die Zukunftsfähigkeit von Lehre und Forschung auch davon ab, ob es gelingt, die Attraktivität der Universitäten für Frauen und Männer mit Familie zu erhöhen und die strukturellen Hindernisse zu beseitigen.

Flexiblere Arbeitszeiten und Betreuungsmöglichkeiten an Hochschulen

Wie in der Wirtschaft müssen auch die Berliner Hochschulen flexiblere Arbeitszeitmodelle entwickeln. Eine wissenschaftliche Karriere darf nicht vom Postulat der durchgängigen Verfügbarkeit abhängen. Hierzu gehört die Schaffung von adäquat ausgestatteten Teilzeitprofessuren genauso wie die Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, die Vätern und Müttern eine zumutbare Teilnahme an Konferenzen, Kongressen und Netzwerken ermöglicht.

Erhaltung und Ausweitung von Förderprogrammen

Das Thema Familienförderung ist in diesem Zusammenhang eng mit dem Thema Frauenförderung verbunden. Deshalb sollten Förderprogramme nicht nur erhalten bleiben, sondern auf die Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen nach der Elternzeit ausgeweitet werden.

Stipendienprogramme für Doktorandinnen – Wiedereinstiegsstipendien

Der Wiedereinstieg von Frauen nach der Elternzeit scheitert oft an den geringen Möglichkeiten, auch mit Anfang 40 noch ein Stipendium für eine Promotion zu bekommen. Die unsäglichen, oft informellen Altersbegrenzungen bei vielen Stiftungen und Organisationen hindern Frauen am Wiedereinstieg in den Wissenschaftsbetrieb.

Einführung von Lecturer- und Dozentenstellen

Vorlesungen mit 100 Studenten und Übungen mit 40 - 60 Teilnehmern sind in vielen Seminaren mittlerweile an der Tagesordnung. Die Einführung von Lecturerstellen kann die Universitäten entlasten. Zugleich bieten diese die Möglichkeit, Wissenschaft und Elternschaft zu vereinbaren.

Budgetierung von Fachbereichen nicht zum Nachteil von Müttern und Vätern

Die Budgetierung von Fachbereichen und Institutionen liefert in nicht wenigen Fällen unerschwinglich einen „Anreiz“, aus Kostengründen anstelle eines Vaters oder einer Mutter zwei junge Wissenschaftler mit Kurzzeitverträgen einzustellen. Die zunehmende finanzielle Anbindung an die Wirtschaft (in Form von Drittmitteln) und die Reduzierung der unabhängigen Wissenschaftsleistung darf nicht zu Lasten der Familien und der Familiengründung gehen.

Bildungspolitik ist Familienpolitik – der Bildungsbereich braucht mehr Chancengerechtigkeit

Bildung ist die eigentliche Ressource unseres Landes. Einem nahezu rohstoffarmen Land wie Deutschland hilft es nicht weiter, wenn Bildung nur punktuell geplant wird. Deutschland ist ein hochtechnisierter Staat, der auf die Begabung seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und muss im Interesse aller liegen. Für eine Metropole wie Berlin sind unsere Kinder die Zukunft.

Bildung ist eine öffentliche Aufgabe, deren Verpflichtung sich aus dem Recht auf Bildung gemäß Artikel 28 Absatz 1 der UN - Kinderrechtskonvention ergibt.

Gemeinsame Ziele und Standards müssen durch eine sinnvolle politische Steuerung gewährleistet werden.

A) Bildung und Förderung im frühkindlichen Bereich

Dafür werden in Berlin Tageseinrichtungen gebraucht, die die jeweiligen familiären Lebenssituationen berücksichtigen. Zu den Grundsätzen und Zielen von Tagesbetreuungseinrichtungen gehört es, die eigenverantwortliche Entwicklung der Kinder im frühkindlichen Bildungsprozess zu fördern. Die Kindertagesstätte wird somit zum gemeinsamen Lebensraum, der eingebunden ist in das soziale Umfeld der Familie. Die gemeinsame Erziehungspartnerschaft von Eltern und Erziehern fördert das gegenseitige Vertrauen und ist Basis für eine integrative und ganzheitliche Erziehung des Kindes. Kindertageseinrichtungen müssen dazu beitragen, dass jedes Kind individuell seinen Fähigkeiten gemäß gefördert wird, unabhängig von seiner sozialen oder ökonomischen Situation.

Die Frauen Union Berlin setzt sich dafür ein, dass:

Kindergärten zu Bildungseinrichtungen werden

Schlüsselemente für eine erfolgreiche Kitapolitik sind ganzheitliche Konzepte, die Bildung, Betreuung und Erziehung miteinander verbinden.

Mit den Kindertagesstätten beginnt der öffentliche, kommunale Auftrag, die Bildung unserer Kinder zu sichern.

Schaffung pluraler Betreuungsangebote und Betreuungsvielfalt

Ein Forum für Tagespflegestellen und Krippenplätze soll die Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen unterstützen. Tagesmütterzentren sollen Eltern helfen, einen besseren und leichteren Überblick über die verschiedenen Betreuungsangebote sowie deren Konzeptionen zu bekommen. Nur so können sie die für sie und ihre Kinder sinnvollen Betreuungsarten wählen. Die Rahmenbedingungen für Tagesmütter- und Tagesväter sollen genauso verbessert werden wie die Möglichkeit, an Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Neben Kindergärten sollen auch Tagesmütter und /-väter bei entsprechender Qualifizierung Kinder bis zum Schulanfang betreuen können.

Konzepte für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren festlegen.

Um die demografische Entwicklung (immer weniger Kinder) auszugleichen, beantragen Kindertagesstätten vermehrt, ihre Angebote für unter Dreijährige auszuweiten. Dabei wird nur allzu häufig vergessen, dass jüngere Kinder andere und spezifischere Bedürfnisse haben als ältere. Sie brauchen nicht nur mehr Platz und mehr Betreuung, sondern vor allem eine individuellere Entwicklungsbegleitung und andere pädagogische Materialien. Die derzeitigen Konzeptionen, Programme und Kostenblätter gehen aber auf diese Bedürfnisse nicht ein. Das derzeitige Bildungsprogramm für Kindertragesstätten muss um den Bereich „Bildungs- und Förderangebote“ für Null bis Dreijährige erweitert werden.

Qualitätsprüfungen durchführen

Mit seiner Vielzahl an unterschiedlichen Betreuungsmöglichkeiten ist Berlin im Vergleich mit anderen Bundesländern gut ausgestattet, doch hängt die Qualität der Betreuung oft vom Engagement der Eltern und/oder des Trägers ab. Hier muss ein einheitliches Qualitätsmanagement unter Einbeziehung der bezirklichen und landespolitischen Elternvertretungen geschaffen und ein Erreichen der Bildungsziele überprüfbar gemacht werden. Unabhängige Qualitätsprüfungen sollen den Eltern bei der Auswahl der Einrichtung helfen.

Stärkung der Attraktivität des Erzieherberufes

Kinder erleben in ihrem Lebensumfeld zunehmend mehr Frauen als Männer. Für viele junge Männer ist der Beruf des Erziehers in den letzten Jahren zu unattraktiv geworden. Eine geringe gesellschaftliche Anerkennung und mangelnde Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten verhindern, dass Männer Erziehungsberufe als qualifizierte Berufe ansehen. Dabei haben jüngste Studien gezeigt, dass vor allem Jungen häufig Männer als Identifikationsfiguren fehlen. Eine Initiative für mehr Erzieher, die gemeinsam mit den Arbeitsagenturen und Jobcentern durchgeführt werden sollte, muss diesem Trend entgegenwirken.

Stellenschlüssel verbessern

Um dem Auftrag der frühkindlichen Erziehung der Kinder gerecht zu werden, muss der Stellenschlüssel für die Berechnung der Erzieherstellen auf eine maximale Gruppengröße von 15 Kindern festgelegt werden. Ebenso müssen zusätzliche, qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher in Kiezbrennpunkten eingestellt werden, um gerade diesen Kindern einen kontrollierbaren vorschulischen Sprachunterricht zu gewährleisten und damit die Bildungschancen dieser Kinder zu erhöhen.

Vertretungspools für verlässliche Betreuungszeit schaffen

Der jeweilige Tarifvertrag, Krankheit oder Urlaub schaffen für immer mehr Kindertagesstätten organisatorische Schwierigkeiten, eine qualifizierte verlässliche Betreuung zu gewährleisten. Vorsorgend sollen freie und kommunale Träger über einen Vertretungspool Möglichkeiten schaffen, qualifizierte Betreuung verlässlich zu gewährleisten.

Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren

Um eine bessere Vernetzung der verschiedenen Bildungs- und Zusatzangebote zu gewährleisten, sollen Kindertagesstätten zu Familienzentren ausgebaut werden. Neben Beratungsangeboten, Sprachkursen für Mütter und der Vermittlung von erweiterten Betreuungsangeboten können auch hier generationenübergreifende Treffpunkte rund um Familien und Kinder entstehen.

B) Schule – gleiche Bildungschancen für alle

Nach unserem demokratischen Verständnis ist die Schule jener Ort, wo soziales Verhalten durch Bildung und Erziehung in Verbindung mit Familie realisiert werden kann. Mit Blick auf das zukünftige berufliche und gesellschaftliche Leben ihrer Schüler nimmt die Schule eine verantwortliche Position ein.

Angesichts immer weniger intakter Familienverhältnisse muss die Schule den Part **Erziehung zu sozialer Zukunftsfähigkeit** noch stärker als bisher übernehmen.

Finanzielle oder materielle Mittelkürzungen hätten derzeit folgenschwere Auswirkungen auf den Erziehungsauftrag der Schule insgesamt. Sie wären eine Bankrotterklärung der politisch Verantwortlichen gegenüber den heranwachsenden Kindern und Jugendlichen.

Spätestens seit den PISA-Studien ist bekannt, dass die soziale Herkunft der Kinder großen Einfluss auf ihre Bildungs- und Berufschancen hat. Etwa 20% der Migrantenkinder gelten als „schuldistanziert“, sollen aber später in einer Wissensgesellschaft funktionieren. Ein großes Problem sind hierbei insbesondere mangelnde Sprach- und Kulturkenntnisse, die eine Integration in die aufnehmende Gesellschaft behindern.

Bildung will erreichen, dass **Alle** Verantwortung übernehmen, jeder an seinem Platz. Bildung hat existenzielle Bedeutung für unser Gemeinwesen. Bildung als Gemeingut heißt Bildungsgerechtigkeit.

Die Frauen Union Berlin setzt sich dafür ein, dass:

Bildung und Schule zu einem vorrangigen Anliegen in der Gesellschaft und in der Politik gemacht werden.

In einem strukturschwachen Land wie Berlin sind Familien und Bildung die eigentlichen Ressourcen. So ist die Stadt auf die Begabung aller ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Frühkindliche Bildung muss verstärkt gefördert werden

In allen Kindertagestätten sollen Kinder schon früh individuell gefördert werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass frühkindliche Bildungsprozesse ganzheitlich strukturiert und an der Lebenswelt der Kinder orientiert sein sollen.

Vorrang schulischer Reformen in der Finanzplanung

Mittel, die in den Ausbau der Bildung fließen, sind Investitionen und keine Kosten. Die beabsichtigten und bereits beschlossenen Sparmaßnahmen des regierenden Senats im Bildungsbereich verhindern Ausbildungsmöglichkeiten junger Menschen und gefährden damit die Zukunft unseres Landes.

Werteerziehung in der Schule

Die Schule darf sich nicht auf bloße Wissensvermittlung beschränken, sondern muss sich auch der Herausforderung der Erziehung stellen. Dazu gehört eine konsequente Wertevermittlung, die die verbindlichen Werte von Zuverlässigkeit und Verantwortlichkeit, auf die unser Gemeinwesen gegründet ist, offensiv vermittelt und die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit Wertevorstellungen gibt.

Einführung von Religion und Ethik/Philosophie als Wahlunterricht verpflichtend

Der freiheitliche Rechtsstaat lebt durch die Grundrechte des Grundgesetzes und aus den ethischen und religiösen Grundsätzen seiner Bürger. Er ist daher im eigenen Interesse darauf angewiesen, die Pflege und Verbreitung solcher Normen nicht zu behindern, sondern zu unterstützen. Die Entscheidung für oder gegen eine differenzierte Wertevermittlung ist für den gesamten Schulbereich und darüber hinaus von grundsätzlicher Bedeutung. Daher ist der Religionsunterricht für die Schule der Zukunft unverzichtbar. Sein Kern, die Frage nach Gott und die sich daraus ergebenden Lebensfragen, dürfen nicht für einen bloßen Ethikunterricht geopfert werden.

Den Kulturdialog mit mehr Rückhalt in der eigenen Kultur führen

Neben der Familie ist die Schule wichtigster Vermittlungsort von Kenntnissen und Werten. In einer Metropole wie Berlin ist das gedeihliche Zusammenleben vieler Lebensformen besonders wichtig. Bildung schließt aber auch historisches Bewusstsein des einzelnen ein. Wo z. B. ein gesichertes Geschichtsbewusstsein fehlt, kommt Halbbildung heraus.

Soziale Herkunft darf nicht über Bildungs- und Lebenschancen entscheiden

Jedes Kind hat ein Recht auf optimale Förderung und Bildung. Wenn die eigenen Eltern mit der Verantwortung für die Familie überlastet sind, benötigen vor allem Kinder aus sozial schwachen Herkunftsfamilien oder mit Migrationshintergrund diese individuelle Förderung.

Gleiche Rechte für Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund

Vor allem für muslimische Mädchen und junge Frauen sind die Integrationschancen wesentlich geringer als für Jungen und junge Männer. Hintergrund hierfür sind die meist traditionellen Lebenssituationen in den Familien. Daher müssen sowohl schulpolitische als auch ausbildungspolitische Akzente gesetzt werden, die die Chancen dieser Mädchen auf ein selbstbestimmtes Leben sichern.

Festlegung verbindlicher berlineinheitlicher Standards in den Horten

Um eine qualitative und bedarfsgerechte Arbeit zu leisten und dem Bildungsauftrag gerecht werden zu können, müssen verlässliche Betreuungsmöglichkeiten sowie einheitliche Standards angeboten werden.

Anpassung der Stellenschlüssel für die verlässliche Halbtagsgrundschule und den Hort

Seit dem 01.08. 2005 sind die vorhandenen Hortplätze aus den Kindertagestätten herausgenommen und an die Schulen übertragen worden. Die derzeitigen Richtlinien für die Berechnungen des Erzieherbedarfs sind bei weitem nicht ausreichend und müssen den Gegebenheiten angepasst werden. Ebenso müssen verlässliche Ansprechpartner und kontinuierlich fungierende Bezugspersonen durch langfristig gesicherte Verträge abgesichert werden.

Kindgerechte Räume für verschiedene Bedürfnisse schaffen

Horte sind mehr als nur Orte für Hausaufgabenbetreuung oder Aufbewahrungsort während ausgefallener Schulstunden. So soll hier ein Ort geschaffen werden, an dem die Freizeit der Kinder pädagogisch wertvoll gestaltet wird.

Die derzeitige Raumplanung wird den kindlichen Bedürfnissen, dem Bewegungsdrang und den modernen pädagogischen Standards nicht gerecht. Hierzu gehört auch die Ausstattung mit kindgerechten pädagogisch sinnvollen Materialien.

Vernetzung von Freizeitangeboten und Arbeitsgemeinschaften

Um die Einzelinteressen und Fähigkeiten der Kinder auch nach dem 10. Lebensjahr optimal zu fördern, zu sichern und auszubauen, soll die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Anbietern aus den Bereichen Musik, Sport, Sprache etc. einer Region verbessert werden. Hierzu muss vor allem in den Bezirken die Kooperation von Schul- und Jugendpolitik intensiviert werden.

C) Förderung von Familien mit behinderten Kindern und Heranwachsenden

Familien, in denen Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf leben, bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Gesellschaft.

Eine frühzeitige Diagnose sowie die gezielte Förderung sind entscheidende Faktoren für deren emotionale, soziale und kommunikative Entwicklung sowie für deren schulische und berufliche Eingliederung, für eine gesellschaftliche Teilhabe und eine selbstständige Lebensgestaltung.

Es ist Aufgabe der Politik sicherzustellen, dass sich die sonderpädagogische Förderung an der individuellen und sozialen Situation des entsprechenden Kindes sowie der Familie orientiert. Kommunale Politik muss neben der persönlichkeits- und sozialbezogenen Vorbereitung auf künftige Lebenssituationen dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ein positives Selbstwertgefühl erlangen und sich zu selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln.

Die Frauen Union Berlin setzt sich ein für eine:

Sonderpädagogische Förderung als begleitende Hilfe mit dem Ziel, bestehende Abhängigkeiten und Hemmnisse soweit wie möglich zu überwinden.

Familien haben das Recht auf eine Unterstützung, die den persönlichen Begabungen und dem persönlichen Leistungsvermögen der Kinder bei einer entsprechenden schulischen Bildung und Erziehung vom ersten Schultag an gerecht wird.

Durchführung eines allgemeinen Neugeborenen-Hörscreening

Der anzustrebende Zeitpunkt für die Erstdiagnose einer Hörstörung liegt, um spätere Benachteiligung weitest möglichst zu vermeiden, in den ersten drei Monaten.

Spätestens mit dem sechsten Lebensmonat sollte mit einer Therapie begonnen werden. Mit dem bisher noch nicht verbindlichen Neugeborenenenscreening kann das Diagnosealter deutlich herabgesetzt werden. Für hör auffällige Säuglinge bzw. ihre Eltern müssen in diesem Zusammenhang Angebotsstrukturen entwickelt oder schon vorhandene erweitert werden, außerdem muss das Fachpersonal zur Frühförderung für diese Gruppe Kinder qualifiziert werden.

Integrationsstunden dürfen nicht dem Vertretungsunterricht geopfert werden

Sonderpädagogische Förderung orientiert sich einerseits grundsätzlich an den Unterrichts- und Erziehungszielen gemäß Rahmenplanvorgabe. Sie hat jedoch darüber hinaus eigenständige Bildungsaufgaben zu erfüllen. In den individuellen Förderstunden sollen durch individuelle Hilfen und therapeutische Maßnahmen/Angbote Auswirkungen der Behinderung verringert und gegebenenfalls kompensatorische Fähigkeiten aufgebaut werden.

Diagnostik bereits bei der Schulreifeuntersuchung

Neben der Feststellung der körperlichen Schulreife müssen vor der Einschulung außerdem sowohl medizinische als auch schulische Tests durchgeführt werden. Wenn ein Kind beim Lernen, in seinen Leistungen oder in seiner Entwicklung so beeinträchtigt ist, dass es individuelle, sonderpädagogische Unterstützung braucht, erhält es vom ersten Schultag an zusätzliche Förderung. Dies soll dem Kind helfen, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, der seinen Fähigkeiten, Leistungen und Neigungen entspricht.

Wiedereinführung der Förderausschüsse

Für alle Kinder, bei denen begründete Anhaltspunkte für das Vorliegen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs bestehen, muss ein Förderausschuss tagen. Dies gilt beim Übergang in den Sekundarbereich I, bei Veränderungen des Förderschwerpunktes, des Umfangs der sonderpädagogischen Förderung sowie der festgelegten schulischen Organisationsform.

Betreuung und Beratung durch sonderpädagogische Förderzentren

Gemeinsames Leben und Lernen kann nur entstehen, wenn Pädagogen, die in einer integrativen Klasse unterrichten, über die jeweiligen Behinderungen und ihre Auswirkungen fachspezifisch informiert sind. Zum erfolgreichen gemeinsamen Lernen von nicht behinderten und behinderten Kindern gehören entsprechende Begleitsysteme (Ambulanzlehrersystem, Ambulante Förderung u.a.).

Der Auf- und Ausbau eines wirkungsstarken Begleitsystems darf nicht durch äußere Rahmenbedingungen (Finanzierungsmöglichkeiten, Stundenzuweisungen, Lehrerstellen usw.) eingeschränkt werden.

D) Gesunderhaltende Lebensweise – Bestandteil eines pädagogischen Konzeptes

Kinder sollen bereits in der Kita bzw. in der Schule an eine gesunderhaltende Ernährung herangeführt werden.

In den Familien fehlt viel zu häufig das soziale „Miteinander“ bzw. das entsprechende soziale Umfeld. Ursache hierfür ist oftmals nicht das – **Nichtwollen**. Aus Gründen von unterschiedlichen Arbeitszeiten bzw. verschiedenen Arbeitsorten beider Elternteile wird bei diesem eigentlichen sozialen Grundbedürfnis Zeit eingespart, die dann für vermeintlich „wichtigere“ Dinge aufgewandt wird.

Kinder in Kindertagesstätten bzw. im Grundschulalter entwickeln in diesem Lernstadium den überwiegenden Teil ihrer Verhaltensstrukturen. Den größten Teil des Tages verbringen die Kinder in der Schule bzw. im Hort. Und genau dort erleben sie derzeit die Einnahme des Mittagessens als Schnellimbiss, ohne dass der eigentliche Sinn der Mittagspause auch nur im Ansatz erfüllt wird.

Die Frauen Union Berlin setzt sich über das Schulgesetz hinaus

für eine konsequente Umsetzung des pädagogischen Mittagstisches ein.

So darf die Nahrungsaufnahme nicht nur als Notwendigkeit betrachtet werden, sondern soll auch der Festigung sozialer Bindungen und Strukturen dienen und die Möglichkeit des Rückzuges auf einen sozialen Ruhepol bieten. Gleichzeitig sollen die Kinder die Möglichkeit haben, eine dementsprechende Tischkultur kennenzulernen.

Kindgerechte Ausstattung der Schulmensen

Um dem Anspruch eines pädagogisch wertvollen Miteinanders beim Essen gerecht zu werden, muss in den Schulen ein entsprechendes Umfeld mit den Möglichkeiten zum gemeinsamen Essen mit einer kindgerechten Essens- und Getränkeausgabe geschaffen werden.

Einstellung von pädagogisch geschultem Personal

Jedes Kind soll in der Kita bzw. in der Schule eine den ernährungsphysiologischen Anforderungen entsprechende Mahlzeit durch besonders pädagogisch geschultes Personal und einem zertifizierten Essensanbieter erhalten.

Gesunde Ernährung als eingeständiges Thema im Lehrplan

Im Unterricht bzw. an Projekttagen oder durch Praktika sollen die Wertigkeit des gesunderhaltenden Essens und die besondere Bedeutung des gemeinsamen Essens für das soziale Miteinander vermittelt werden. Für eine gesunde Entwicklung ist den Kindern, in Ergänzung einer gesunderhaltenden Lebensweise, die Bedeutung von sportlicher Betätigung und ausreichender Bewegung zu vermitteln.

Moderne ernährungswissenschaftliche Anforderungen

Um eine regionale und saisonal ausgewogene Kost zu gewährleisten, soll auf besonders zertifizierte Caterer zurückgegriffen werden. Damit die Gemeinschaftsverpflegung in allen Einrichtungen den gleichen Qualitätsstandard aufweist, ist außerdem die Einführung eines verbindlichen Richtlinienkataloges erforderlich.

Lebenssituation jugendlicher Eltern – Prävention von Schwangerschaften Minderjähriger

Teenagerschwangerschaften, Schwangerschaftsabbrüche bei Minderjährigen, Gewalt gegen minderjährige Schwangere, Gewaltanwendung minderjähriger Eltern gegen ihre Kinder erfordern dringend politisches Handeln. Vor allem der Anteil der Schwangerschaften bei Minderjährigen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Vor dem Hintergrund, dass die erste Schwangerschaft, häufig durch die eigene berufliche Lebensplanung, deutlich hinausgeschoben wird, fallen minderjährige Eltern als Problemgruppe besonders auf.

Oft stammen jugendliche Eltern aus instabilen, sozialhilfeabhängigen Elternhäusern, mit geringem Schulbildungsniveau (überwiegend Hauptschülerinnen, davon 40% ohne Schulabschluss).

Gerade Jugendliche, die nur geringe Chancen besitzen, sehen in der Realisierung der frühen Elternschaft die Möglichkeit zur Ablösung vom Elternhaus. Wir beobachten aber auch Elternschaft als Berufersatz und als Weg der persönlichen „Qualifizierung“.

Junge Mutterschaft gilt als Synonym für Verantwortungslosigkeit und soziale Verelendung und ist daher in der Gesellschaft weithin entsprechend geächtet.

Die Frauen Union Berlin setzt sich dafür ein,

- junge Menschen davor zu bewahren, zu früh Lasten und Verantwortung übernehmen zu müssen, an denen sie zu häufig scheitern oder Schaden nehmen,
- junge Eltern dabei zu unterstützen, sich dadurch Respekt und Selbstachtung verschaffen zu können, indem sie Ihre Zukunft eigenverantwortlich gestalten.

Prävention :

- Mit der **Sexualerziehung** muss bereits **im Kindesalter** begonnen werden, einzubeziehen sind Eltern, Kita-Erzieher, Lehrer und außerschulische Fachleute.
- Lehrern mit relevanten Fächern ist ein **sexualpädagogischer Qualifikationsnachweis** abzuverlangen. (Bei der Ausbildung ist auch ein besonderes Augenmerk auf den Umgang mit Migrantenkindern und Kindern mit Behinderungen zu richten.)
- Es muss Eltern verwehrt werden, ihre Kinder vom Sexualkunde-Unterricht abzumelden. Das Argument, bei diesem Fach ginge es um eine Einweisung in Sexualpraktiken und Möglichkeiten zur Abtreibung, muss bekämpft werden.
- **9 – 15-jährige Mädchen sind die gefährdetste Gruppe, ihnen muss daher in besonderem Maße fachkundige Fürsorge zuteil werden!**

Anleitung zu eigenverantwortlicher Lebensführung :

- **Junge, auch alleinerziehende Mütter müssen zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung motiviert, befähigt und**, wenn es sein muss, auch nachdrücklich **angehalten werden (Schulabschluss, berufliche Qualifizierung)! Demotivierenden Einflüssen von Elternhaus und / oder Umfeld sollte durch die Zuordnung fester, erfahrener Bezugspersonen entgegengewirkt werden.**
- Teenagemütter sind aus der beruflichen Perspektivlosigkeit herauszuführen.
- Die Einbindung in den ersten Arbeitsmarkt ist in besonderem Maße zu fördern.
- Fall- und Aktivmanager der Agentur für Arbeit müssen von Anfang an und konsequent in gegenseitiger Abstimmung agieren!
- Die derzeit mögliche, bis zu dreijährige Befreiung von der allgemeinen Schulpflicht ist eine oft verhängnisvolle Falle!
- Die während der ersten 3 Lebensjahre des Kindes ohne Verpflichtung zu beruflicher Qualifizierung und Rücklagenbildung gewährten Geld- und Sachleistungen pflastern den Weg in eine lebenslange Sozialhilfe-Karriere! .
. zusammen mit der Freistellung vom Schulbesuch die effektivst vorstellbare Fördermaßnahme zur Vermehrung „reproduktiver Armutsfamilien“!

Ausblick

Eine zukunftsgerichtete Familienpolitik ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen. Hierfür muss das Leitbild der Gesellschaft auf familienpolitische Bedürfnisse ausgerichtet werden.

Die Frauen Union hat seit ihrer Gründung im Jahr 1948 immer wieder auf zentrale Probleme in der Gesellschaft aufmerksam gemacht, und politisch Stellung bezogen. Dabei haben wir viel erreicht und wissen, dass nur wer Anregungen und Kritik weitergibt, Veränderungen bewirken kann. Daher sind diese Leitsätze kein Abschluss sondern werden fortgeschrieben.

Erweitert z.B. um den Bereich Senioren, denn nicht nur Eltern tragen Verantwortung für ihre Kinder, sondern auch Kinder für ihre Eltern, und werden dabei von der Politik und der Gesellschaft viel zu oft allein gelassen.

Auch im Bereich der Arbeitswelt gibt es viele Aspekte, in denen Familie immer noch zu wenig wahrgenommen wird. Dies gilt auch und besonders für den öffentlichen Dienst, dem hier in Berlin als Arbeitgeber eine besondere Bedeutung zukommt. Wann immer es um eine faire familien- und kinderfreundliche Politik geht, müssen die besonderen Erfahrungen und Kompetenzen von Frauen eine wesentliche Rolle spielen.

„Das christliche Verständnis vom Menschen und die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, die nach dem Grundsatzprogramm Grundlage christlich demokratischer Politik sind, fordern die Gleichberechtigung von Mann und Frau. (...) Ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen kann unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen, die an eine moderne und humane Industrienation gestellt werden.“

21 Jahre danach haben diese Sätze der Präambel der Essener Leitsätze von 1985 nichts an Aktualität eingebüßt. Damals wie heute ist die aktive Förderung von Frauen und Familien eine gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe ersten Ranges.

Die Frauen Union Berlin setzt sich daher dafür ein, dass möglichst viele Frauen in dieser Stadt politische Verantwortung übernehmen.

Impressum:

Herausgeber: Frauen Union Berlin

Autoren:

Marion Berning
Regina Franken

Mitautoren:

Edeltraut Töpfer	Ernährung
Roswita Kirschniok	Sonderpädagogische Förderung
Dr. Kamilla Bühring	Teenagerschwangerschaften

Redaktion /Pressearbeit: Gesine v. Leers

Wir danken dem Vorstand der Frauen Union Berlin
und Frau Schulze-Berndt, MdA, für Ihre Unterstützung.